

Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung

Vom 26. August bis 4. September 2002 findet in Johannesburg der „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung“ statt. Diese Konferenz der Vereinten Nationen wird auch als Rio+10 bezeichnet, weil sie eine kritische Bilanz der auf dem Umweltgipfel 1992 in Rio de Janeiro verabschiedeten Agenda 21 ziehen und neue Initiativen für eine globale Umweltpolitik starten soll. Zentrale Themen werden unter anderem sein: Schutz der natürlichen Ressourcen, Energiepolitik, Wasserpolitik und Gesundheit, Armutsbekämpfung und Umweltschutz, Globalisierung und nachhaltige Entwicklung, Stärkung der Vereinten Nationen in Umweltfragen.

Die Bilanz seit Rio fällt keineswegs nur negativ aus. Es gibt eine Reihe wichtiger Konventionen, zu deren Umsetzung regelmäßig Vertragsstaatenkonferenzen abgehalten werden, so etwa das Abkommen zum Schutz der Artenvielfalt (Biodiversität), das Rahmenübereinkommen zum Schutz des Weltklimas (Kyoto-Protokoll) oder das Übereinkommen zur Bekämpfung der Wüstenbildung. Dennoch ist der Weg der Umsetzung von Rio noch weit, denn viele Maßnahmen sind bestenfalls halbherzig, viele Staaten verweigern den Beitritt zu diesen und ähnlichen Konventionen, und eine ganze Reihe von Problemen ist überhaupt noch nicht angegangen.

Die Gefahr eines globalen ökologischen Kollapses ist daher trotz aller Fortschritte alles andere als gebannt. So stellt der Bericht „Globale Umwelt – GEO 2000“ des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) fest, daß die globale Erwärmung und als Folge davon mehr und größere Naturkatastrophen nicht mehr aufzuhalten seien. Als wichtigste Ursachen für die Umweltzerstörung nennt er die „fortdauernde Armut der Mehrheit der Weltbevölkerung und das exzessive Konsumverhalten der Minderheit“. Am besorgniserregendsten ist, daß diese beiden Hauptursachen, neben dem Bevölkerungswachstum, auf absehbare Zeit fortbestehen werden.

Unbestreitbare Tatsache ist, daß die Entwicklungsländer selbst immer mehr zu Opfern ihrer Umweltprobleme werden, die nicht nur die Gesundheit zahlloser Menschen bedrohen, sondern auch ihre längerfristige wirtschaftliche Entwicklung gefährden. So hat etwa Jakarta Anfang 2002 die schlimmsten Überschwemmungen seit Menschengedenken erlebt mit mehr als 50 Todesopfern. Eine unlängst veröffentlichte Studie stellt fest, daß solche Katastrophen noch zunehmen werden, weil der Boden von Jakarta mit seinen rund zehn Millionen Einwohnern gegenwärtig jährlich um 1,5 bis 8 cm absinkt, was vor allem eine Folge von immer mehr Bauten und einem Absinken des Grundwasserspiegels aufgrund von zu viel Wasserverbrauch ist. Ein Verzicht der Entwicklungsländer auf Umweltpolitik wäre daher sicher sehr kurzsichtig. Viele ärmere Länder der Dritten Welt befinden sich freilich in einer „ökologischen Armutsfalle“, weil sie wegen ihrer Armut nicht die nötigen

Mittel für eine angemessene Umweltpolitik haben – eine Falle, der sie aus eigener Kraft kaum entkommen können.

Im Unterschied dazu sind die Umweltprobleme in den Industrieländern zum größten Teil eine Folge ständig wachsenden Wohlstands. Gleichwohl haben diese die von ihnen in Rio gegebenen Zusagen einer ökologischen Umorientierung nicht eingehalten. Dies gilt besonders für die USA, die sogar aus dem Kyoto-Protokoll ausgestiegen sind, was Präsident Bush mit dem Vorrang des Wirtschaftswachstums und einem „America first“ begründete. Kernproblem sind falsche Signale, welche von den politischen Rahmenbedingungen sowohl der nationalen Wirtschaften als auch der Weltwirtschaft ausgehen. So ist ein Flug von München nach Berlin heute teils billiger als eine Bahnreise zweiter Klasse mit BahnCard. Dies ist nicht zuletzt dadurch bedingt, daß auf Flugbenzin keine Steuer erhoben wird, was faktisch eine verdeckte Subvention darstellt. Ähnliches gilt für die Abkommen unter dem Dach der Welthandelsorganisation (WTO), die kaum mit den internationalen Umweltabkommen abgestimmt sind, so daß letztere oft wenig wirksam sind.

Schon diese wenigen Fakten zeigen, daß der Erhalt des globalen ökologischen Gleichgewichts und der lebensnotwendigen Umwelt für alle Menschen, künftige Generationen eingeschlossen, auch ein schwieriges weltweites Verteilungsproblem ist, das ohne einschneidende Reformen vorrangig in den Industrieländern nicht lösbar ist. GEO 2000 stellt dazu fest: „Der momentane Kurs ist nicht haltbar und das Handeln weiter hinauszuzögern ist auch keine Option mehr.“ Notwendig ist eine Umwelt- und Entwicklungspartnerschaft zwischen den reichen und den ärmeren Ländern, die von ersteren einen gewandelten Lebensstil besonders hinsichtlich der Konsumgewohnheiten verlangt. Allein mit einer umweltfreundlichen Technologie, so unverzichtbar sie ist, lassen sich die Probleme jedenfalls nicht lösen. Die 1996 im Auftrag von Misereor und BUND veröffentlichte Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, die schon fast wieder in Vergessenheit geraten ist, enthält dazu wichtige Anstöße. Gänzlich unglaublich ist es, wenn die reichen Länder der Dritten Welt einseitig und ohne Gegenleistungen Umweltklauseln verordnen wollen, was letztere zu Recht als Umweltimperialismus und versteckten Protektionismus ablehnen.

Leider steht zu befürchten, daß auch in Johannesburg nur mehr oder weniger unverbindliche Erklärungen abgegeben werden. Echte Fortschritte lassen sich aber nur durch institutionelle Reformen erzielen, welche vor allem über ökonomisch wirksame Rahmenbedingungen richtige Anreize geben und einen heilsamen Druck zu einem Wandel ausüben. Vorschläge gibt es dazu zur Genüge. So hat etwa der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) unlängst ein Sondergutachten veröffentlicht, das „Entgelte für die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter“ vorschlägt, zum Beispiel für Luft und Meere. Andere Vorschläge zielen auf eine Stärkung von UNEP mit Sitz in Nairobi, dessen Vorsitzender seit 1998 Klaus Töpfer ist. Manche denken auch an eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung nach dem Muster der WTO mit weitreichenden Kompetenzen.

Johannes Müller SJ